



Detailansicht des Registereintrags

EUTOP Europe GmbH (EUTOP)

Stand vom 13.08.2026 11:54:49 bis 19.08.2026 11:38:21

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R002291
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	13.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater
Kontaktdaten:	Adresse: Denninger Straße 15 81679 München Deutschland Telefonnummer: +49893237000 E-Mail-Adressen: eutop@eutop.eu Webseiten: www.eutop.eu
Hauptstadtrepräsentanz:	EUTOP Berlin GmbH Unter den Linden 38 10117 Berlin Telefonnummer: +493052000550 E-Mail-Adresse: berlin@eutop.eu
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2.120.001 bis 2.130.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

4,87

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Christian Schaufler**

Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (26):

1. **Steffen Bartsch**
2. **Tim Bremmer**
3. **David Glanc**
4. **Prof. Dr. Klemens Joos**
5. **Daniel Kewitz**
6. **Helen Meyer**
Tätigkeit bis 09/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
7. **Theresa Pachner**
8. **Tassilo von Wickedede**
9. **Hubertus Schönburg**
10. **Christoph Grube**
11. **Alisa Riechmann**
12. **Marcella Manger**
13. **Luis-Maximilian Hamm**
14. **Arne Leimenstoll**
15. **Lorenz Kammer**
16. **Felix Dane**
17. **Denise König**
18. **Timo Reinders**
19. **Lukas Seelig**

20. **Lena Wiehe**
21. **Tanja Krawietz**
22. **Anna Lelkes**
23. **Leonie Lindner**
24. **Philipp Gebhardt**
25. **Stefan Mappus**
26. **Hannes Zehnle**

Mitgliedschaften (5):

1. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
2. Institut der Regionen Europas
3. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
4. Wirtschaftsbeirat der Union Bayern e.V.
5. de'ge'pol - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (68):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Kriminalitätsbekämpfung; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Kultur; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Urheberrecht; Werbung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Tourismus; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Rüstungsangelegenheiten; Verteidigungspolitik; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Versicherungswesen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Seit 1990 begleitet EUTOP als struktureller Prozesspartner die Arbeit der Interessenvertretungen von privaten Unternehmen, Verbänden und Organisationen bei den Institutionen der Europäischen Union und ausgewählter EU-Mitgliedstaaten.

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie des Deutschen Bundestages zur Kontaktvermittlung, Sachstandsaufklärung sowie Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln.

Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (63)

1. Reduzierung von Methanemissionen aus der Landwirtschaft**Beschreibung:**

Schaffung geeigneter Rahmen- und Förderbedingungen im nationalen und europäischen Klimaschutz- und/oder Agrarrecht, um innovative neue Maßnahmen zur Vermeidung von Methan- und CO₂-Emissionen aus der Lagerung von Gülle in die Praxis zu bringen.

Betroffenes geltendes Recht:

AwSV [alle RV hierzu]; GAPKondG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

2. Beschränkungsverfahren nach REACH-VO Calciumcyanamid, Verhinderung eines Totalverbots von Calciumcyanamid als Düngemittel**Beschreibung:**

Begleitung des laufenden REACH-Beschränkungsverfahrens auf EU-Ebene, um eine verhältnismäßige und sachgerechte Regelung für das Düngemittel Calciumcyanamid zu erreichen. Der Bundesregierung sollen vertiefende Informationen und Sachargumente zur Verfügung gestellt werden, damit sie gegenüber der EU-Kommission darauf hinwirken kann, das im Rahmen des laufenden REACH-Beschränkungsverfahrens auf EU-Ebene diskutierte Verbot von Kalkstickstoff als Düngemittel nicht umzusetzen. Stattdessen sollen den Mitgliedstaaten alternativ verhältnismäßigere Risikominderungsmaßnahmen vorgeschlagen werden.

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

3. Einführung eines Mobilitätsdatengesetzes**Beschreibung:**

Ziel ist es die Verfügbarkeit und Qualität von Mobilitätsdaten verbessern, multimodale Reiseangebote zu vereinfachen sowie die Abdeckung sämtlicher verkehrsträgerspezifischen Mobilitätsdaten und Anwendungsfälle, insbes. bezügl. intermodalem Ticketing, zu erreichen.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 496/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten und zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMDV) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten und zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (Vorgang)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

4. Nicht diskriminierende Umsetzung der EU-Verordnung zu multimodalen digitalen Mobilitätsdiensten (Multimodal Digital Mobility Services, MDMS)

Beschreibung:

Ziel ist die Abdeckung aller Verkehrsträger sowie die Ermöglichung der Datennutzung zu fairen, angemessenen und nicht diskriminierenden Bedingungen

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

5. Aufbau einer flächendeckenden Tank- und Ladeinfrastruktur umsetzen (u.a. Masterplan Ladeinfrastruktur)

Beschreibung:

Unterstützung bei Überlegungen zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs und dem damit einhergehenden Aufbau von alternativen Tank- und Ladeinfrastrukturen. Im Rahmen der Konzessionsverträge für die Bewirtschaftung von Rastanlagen wird sich dafür eingesetzt, ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Netz an E-Ladeinfrastruktur für Pkw und Nutzfahrzeuge an Autobahnen aufzubauen, um den Hochlauf der Elektromobilität zu unterstützen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

6. Bedarfsgerechte Beschilderung von Rastanlagen auf Autobahnen

Beschreibung:

Bedarfsgerechte Ausstattung von Rastanlagen auf Autobahnen, insbesondere angemessene Beschilderung und schlanke Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Betroffenes geltendes Recht:

StVO 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

7. Effizienzsteigerung bei Unternehmensgründungen im Rahmen des BEG IV**Beschreibung:**

Förderung von Unternehmensgründungen durch die Mitwirkung von Notaren und Etablierung digitaler Datenkreisläufe.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 129/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BNotO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

8. Verbesserung der staatlichen Geldwäschebekämpfung**Beschreibung:**

Unterstützung bei verhältnismäßiger Ausgestaltung der Datenübermittlung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9648 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Finanzkriminalität (Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz - FKBG)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

9. **Einbeziehung öffentlicher Stellen im Onlinezugangsgesetz 2.0**

Beschreibung:

Die Verwaltungsdigitalisierung sollte öffentliche Stellen wie Notare medienbruchfrei mit einbeziehen und die digitale Infrastruktur effektiv integrieren.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8093 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZG-Änderungsgesetz - OZGÄndG)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

OZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

10. **Novellierung und Mitgestaltung in der Umsetzung des Postgesetzes, um Dienstleistungen an das digitale Zeitalter anzupassen**

Beschreibung:

Durch die zügige Umsetzung des Gesetzes sollen unumkehrbare Strukturbrüche im Bereich des Universaldienstes abgewendet werden und eine hochwertige Versorgung mit postalischen Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen sichergestellt werden. Dazu zählt auch die Erhaltung eines finanzierbaren Universaldienstes sowie die Erweiterung von Regelungen zur Gewährleistung fairer Arbeitsbedingungen. Zudem sollen die Rahmenbedingungen für eine klimafreundliche Zustellung geschaffen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10283 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PostG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Ländlicher Raum [alle RV hierzu]; Massenmedien [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

11. **Regulierung der Resilienz und physischen Sicherheit Kritischer Infrastrukturen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland leistungsfähig zu halten**

Beschreibung:

Einführung einer bundeseinheitlichen Auslegung der Gesetzgebung und sachgerechten Einbezug von Post-/Paketinfrastruktur in die Sicherheitsstrukturen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2510 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]

12. **Stufenweise Einführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen**

Beschreibung:

Forderung nach Gleichbehandlung der Tochtergesellschaften und selbstständigen Einzelhändler des genossenschaftlich organisierten EDEKA-Verbunds mit den nach dem Gesetzesentwurf privilegierten Genossenschaften der Realwirtschaft

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

13. **Änderung des Haushaltsgesetzes**

Beschreibung:

Im Bundeshaushalt soll mehr Geld für Verteidigung vorgesehen werden.

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

14. **Einführung eines nationalen Rüstungsexportkontrollgesetzes**

Beschreibung:

Der Koalitionsvertrag sieht die Einführung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes in Deutschland vor. Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sollte es keine ungerechtfertigte Einschränkung der Rüstungsexportvorschriften auf nationaler Ebene geben.

Interessenbereiche:

Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]

15. **Berücksichtigung der Migrationsanalyse in REACH, Annex XVII, Eintrag 50**

Beschreibung:

Umsetzung der Überprüfung der PAK-Grenzwerte, auch unter Berücksichtigung der Migration von PAK aus den Erzeugnissen, welche bis Ende 2017 hätte durchgeführt werden müssen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

16. **Mögliche Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden verhältnismäßig ausgestalten**

Beschreibung:

Die Einführung einer Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden wäre für Eigentümer höchst unwirtschaftlich, da Gebäude in Hochrisikogebieten kaum versicherbar sind. Daher sollte auf Gefahrenpräventionsmaßnahmen und eine verhältnismäßige Regelung gesetzt werden.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

17. **Verwaltungsaufwand und Bürokratiekosten im deutschen Versicherungswesen senken**

Beschreibung:

Aus den Ergebnissen der Fokusgruppe private Altersvorsorge wird ein Gesetzentwurf erarbeitet. Bürokratie und Verwaltungsaufwand für Versicherungsnehmer, Arbeitgeber und Anbieter von Altersvorsorge sollten durch Durchlässigkeit der Förderschichten abgebaut werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AltZertG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406280043** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

18. **Berufsstandsrechte wahren**

Beschreibung:

Der Berufsstand der vereidigten Buchprüfer soll in die Liste der von Mitteilungspflichten ausgenommenen Berufe aufgenommen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9648 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Finanzkriminalität (Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz - FKBG)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]

19. **Gleiche Gestaltungsrechte PKV wie GKV**

Beschreibung:

Damit privat Versicherte genauso wie gesetzlich Versicherte von innovativen Entwicklungen im Gesundheitswesen profitieren können, sollten Private Krankenversicherungen analoge Gestaltungsrechte erhalten wie die Gesetzliche Krankenversicherung. Dies sollte bei künftigen Gesetzesvorhaben berücksichtigt werden.

Interessenbereiche:

Versicherungswesen [alle RV hierzu]

20. **Hebung Effizienzpotenziale - Stärkung Digitalisierung im Gesundheitswesen**

Beschreibung:

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen sollte gestärkt werden, um Effizienzpotenziale im Gesundheitswesen zu heben (z. B. Vermeidung von Doppeluntersuchungen, effizienter Mitteleinsatz).

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

21. **Künftige Finanzierbarkeit von GKV und SPV**

Beschreibung:

Die GKV und SPV sollte so aufgestellt werden, dass eine finanzielle Überbelastung des Systems vermieden wird. Es sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Solidarität und Subsidiarität bestehen. Dies trägt zur Beitragssatzstabilität bei und erhöht in der Pflegeversicherung die Generationengerechtigkeit.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Versicherungswesen [alle RV hierzu]

22. **Förderung E-Busse und die dazugehörige Infrastruktur**

Beschreibung:

Bis zum Jahr 2024 gab es Förderungen für die Neubeschaffung von Batteriebussen und der dazugehörigen Infrastruktur. Diese wurden aufgrund der Budgetkürzungen im Haushalt für 2024 nicht mehr berücksichtigt. Ziel ist es daher, dass diese Förderungen (ggf. auch in niedrigerer Form oder nur für Infrastruktur) wieder im Haushalt 2025 und 2026 berücksichtigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

23. **Beibehaltung des gegenwärtigen Designs der Regulierung (kein Carbon-Correction-Factor)**

Beschreibung:

In den betreffenden EU Verordnungen (EU) 2019/631 und (EU) 2024/1619 ist festgelegt, dass beide in den Jahren 2026 bzw. 2027 einer Revision unterzogen werden sollen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

24. **Begleitung der Überarbeitung der Verordnung (EU) 2017/745 (EU-Medizinprodukte-Verordnung MDR)**

Beschreibung:

Praxistaugliche Ausgestaltung des Überwachungs-, Zertifizierungs- und Zulassungssystems von Medizinprodukten.

Betroffenes geltendes Recht:

MPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

25. **Nationale Umsetzung der europäischen erneuerbaren Energierichtlinien**

Beschreibung:

Nationale Umsetzung von ambitionierten Klimazielen im Kraftstoffsektor mit besonderem Fokus auf Wasserstoff, Strom und fortschrittlichen Biokraftstoffen.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 38 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

26. **Reform des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz begleiten**

Beschreibung:

Diskutiert wird derzeit eine Reform der frühen Nutzenbewertung im AMNOG sowie die Möglichkeit, im Rahmen der Preisverhandlungen für neue Arzneimittel eine Vertraulichkeit des Erstattungspreises zu vereinbaren.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]

27. **Änderung des Kohlendioxidspeichergesetzes zur Ermöglichung von CCS in Deutschland**

Beschreibung:

Grundsätzliche Erlaubnis der kommerziellen Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂ im In- und Ausland.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 04.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

28. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in der Wertschöpfungskette

Beschreibung:

Forderung, von einer weiteren Verschärfung abzusehen, da das AgrarOLkG bereits über die europäischen Vorgaben hinausgeht. So soll von einer Ausweitung des Anwendungsbereichs, eine Erweiterung pauschal verbotener Klauseln sowie von der Einführung einer Generalklausel abgesehen werden. Darüber hinaus sollte die für 2025 angekündigte Evaluierung der UTP-Richtlinie auf EU-Ebene abgewartet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AgrarOLkV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

29. Anstieg von Ladendiebstählen im Lebensmitteleinzelhandel

Beschreibung:

Forderung die (Video-) Überwachung zu erleichtern, die zentrale Bearbeitung der Strafverfahren und bundesweite Vernetzung unter den Strafverfolgungsbehörden ermöglichen sowie Justiz und Strafverfolgungsbehörden personell und technisch zu ertüchtigen.

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

30. Innovative Technologie zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen

Beschreibung:

Regelung für die erweiterte Nutzung einer innovativen Coating-Technologie für Lebensmittel mit essbarer Schale.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

31. Technologieoffenheit im Schwerlastverkehr

Beschreibung:

Um die Dekarbonisierungsziele im Verkehrsbereich zu erreichen, braucht es auch im Schwerlastverkehr einen technologieoffenen Ansatz, der die regulatorischen Rahmenbedingungen für biogene und synthetische Kraftstoffe verbessert.

Betroffenes geltendes Recht:

EnergieStG [alle RV hierzu]; BFStrMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Güterverkehr [alle RV hierzu]

32. Bürokratieabbau und Deregulierung zur Stärkung der unternehmerischen Freiheit

Beschreibung:

Zur Entlastung mittelständischer Kaufleute soll für die zunehmende Regelungsdichte und den steigenden Bürokratieaufwand im Zuge nationaler und europäischer Gesetzgebung sensibilisiert werden. Deregulierung und Bürokratieabbau müssen spürbar vorangetrieben werden, um den Betrieben wieder mehr Spielräume für unternehmerisches Handeln zu verschaffen.

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

33. Modernisierung des Regulierungsrahmens auf EU-Ebene (NGT Verordnungsentwurf) und national

Beschreibung:

Modernisierung des Regulierungsrahmens auf EU-Ebene (NGT Verordnungsentwurf) und national, um die Potentiale der NZT nutzen und klimaresiliente und an lokale Umweltbedingungen angepasste sowie ertragsstarke Pflanzen verfügbar zu machen. Vor diesem Hintergrund Förderung eines starken und verlässlichen Schutz des geistigen Eigentums durch Wissensaustausch für Innovationen und einheitliche Transparenz- und Kennzeichnungsregelung von NGT-Produkten auf EU-Ebene.

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

34. Schaffung eines rechtssicheren Rahmens für den Export aller hier in Deutschland hergestellter Pflanzenschutzmittel

Beschreibung:

Schaffung eines rechtssicheren Rahmens für den Export aller hier in Deutschland hergestellter Pflanzenschutzmittel, um einen ungestörten Handel mit diesen Produkten zu gewährleisten.

Interessenbereiche:

35. Vereinfachung PSM-Zulassung und Behördenverschlinkung

Beschreibung:

Um besser auf den Klimawandel reagieren und um die nationale und europäische Lebensmittelversorgung sichern zu können, müssen Innovationen auch im Bereich Pflanzenschutz deutlich schneller in Anwendung kommen. Hierfür müssen Behörden und Gerichte stark entlastet werden. Ziel ist es, die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln deutlich effizienter, schneller und rechtssicherer werden. Analog zu anderen EU-Mitgliedsstaaten soll hierzu Analyse, Bewertung und Risikomanagement in einer souveränen Behörde gebündelt und Verfahrenshürden beseitigt werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes an unionsrechtliche Regelungen

Datum des Referentenentwurfs: 12.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PflSchMV 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

36. Schaffung eines planungssicheren Rahmens im Umweltrecht

Beschreibung:

Um Innovationen zu fördern und wirtschaftliche Planungssicherheit zu gewährleisten, sollte die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen abgeschafft oder begrenzt werden. Eine Änderung des UmwRG könnte festlegen, dass Rechtsmittel keine verzögernde Wirkung mehr entfalten. Widersprüche wären weiterhin zulässig, würden jedoch keine unmittelbare Blockade mehr verursachen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und weiterer umweltrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 01.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

UmwRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

37. Entwicklung einer Frauengesundheitsstrategie

Beschreibung:

Das Thema der Wechseljahre hat große gesamtgesellschaftliche Relevanz. Es hat direkte Auswirkungen auf die Gesundheit der Frauen, aber auch ökonomische und soziale Folgen. Daher wird sich dafür eingesetzt, dass die Politik eine Frauengesundheitsstrategie (mit einem Schwerpunktthema Menopause) entwickelt und an der Umsetzung aktiv arbeitet.

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

38. **Bürokratische Hürden und Wettbewerbsfähigkeit: Änderung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD)**

Beschreibung:

Änderung der EU-Lieferkettenrichtlinie CSDDD (COM(2025) 81 final) mit dem Ziel der Verschlankeung, Vereinfachung und Synchronisierung mit anderen Nachhaltigkeitsberichtspflichten. Anpassung der CSDDD zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa. Streichung bzw Anpassung Art 22 und Anpassung des Art 2, so dass ausschließlich Europäische Unternehmen oder Unternehmen mit Geschäftstätigkeiten innerhalb der EU von der RL betroffen sind.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

39. **Stärkung der Anforderungen an die Cybersicherheit, um Resilienz zu erhöhen**

Beschreibung:

Einführung einer bundeseinheitlichen Auslegung der Gesetzgebung und sachgerechten Einbezug von Post-/Paketinfrastruktur in die Sicherheitsstrukturen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung

Datum des Referentenentwurfs: 02.06.2025

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium des Innern \(BMI\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#)

40. **Entlastungen bei Strompreisen**

Beschreibung:

Unterstützung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Entlastungen für alle Unternehmen und privaten Verbraucher bei der Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß und Netzentgelten.

Betroffenes geltendes Recht:

[StromStG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

41. Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht

Beschreibung:

Schaffung eines Level-Playing-Field in der Vergabe von Prüfaufträgen der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025 /794 geänderten Fassung

Datum des Referentenentwurfs: 10.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

42. Weitere Zulassung von antikoagulanten Substanzen

Beschreibung:

Angesichts der strengen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften entlang der Lebensmittellieferkette sollte der Einsatz von Antikoagulanzen nicht nur bei nachgewiesenem Befall, sondern auch bei einem qualifizierten Befallsrisiko erlaubt sein.

Betroffenes geltendes Recht:

ChemBiozidDV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

43. Gesetz zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau

Beschreibung:

Das TKG sollte wesentliche Verbesserungen für die Möglichkeiten des Netzausbaus, der digitalen Infrastruktur und Erleichterungen bei bürokratischen Hürden enthalten. Weitere Themen, die in diesem Zusammenhang behandelt werden, sind u.a. der mehrfache Ausbau von Glasfasernetze sowie die Kupfer-Glas-Migration.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau (TKG-Änderungsgesetz 2026) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 02.03.2026

Federführendes Ministerium: BMDs [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

44. Maßnahmen gegen Territoriale Lieferbeschränkungen**Beschreibung:**

Angesichts der erheblichen Binnenmarkthindernisse und hohen Kosten durch territoriale Lieferbeschränkungen sollte sich auf europäischer Ebene für einen Legislativvorschlag eingesetzt werden, der solche Praktiken wirksam unterbindet und den freien Warenverkehr sowie fairen Wettbewerb stärkt.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]

45. Änderung des MessbG**Beschreibung:**

Mit der Änderung im § 6 MessbG sollen Preisobergrenzen für wettbewerbliche Messstellenbetreiber für die Sparte Strom eingeführt werden. Ziel der Interessenvertretung ist eine marktgerechte und marktwirtschaftliche Ausgestaltung der Preisobergrenzen, die einen Interessenausgleich zwischen wettbewerblichen Messstellenbetreibern, Eigentümern und Mietern sicherstellt.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 383/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

46. Geeignete Rahmenbedingungen für Netzinfrastuktur in Deutschland**Beschreibung:**

Es wird darauf hingearbeitet, dass stabile regulatorische Grundlagen für Planung, Genehmigung und Entwicklung von Stromnetzinfrastuktur bestehen und weiterentwickelt werden, sodass ein verlässlicher Ausbau und Betrieb gewährleistet bleibt.

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]

47. Geeignete industriepolitische Rahmenbedingungen für Schaltanlagen**Beschreibung:**

Es wird darauf hingearbeitet, dass EU-Regelungen zu Schaltanlagentechnologien technologieoffen gestaltet sind und langfristig Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

48. **Diskriminierungsfreie Nutzung des Nachhaltigkeitssiegels**

Beschreibung:

Klarstellung, dass Marken und Logos unabhängiger Umweltverbände nicht automatisch als Nachhaltigkeitssiegel qualifiziert werden.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 438/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

49. **Geeignete Rahmenbedingungen für industrielle Vorprodukte in der Energieinfrastruktur**

Beschreibung:

Es wird darauf hingearbeitet, dass auf EU-Ebene Rahmenbedingungen bestehen, die die Versorgung mit industriellen Vorprodukten sicherstellen, welche für Ausbau und Betrieb der Energieinfrastruktur erforderlich sind. Ziel ist die Stabilität von Wertschöpfungsketten und Versorgungssicherheit im europäischen Energiemarkt.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

50. **Unterstützung des gesundheitspolitischen Ziels der Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln**

Beschreibung:

In der derzeitigen Ausgestaltung der Apothekenreform werden etablierte, bewährte und verlässliche flächendeckende Versorgungsstrukturen für Arzneimittel mit zusätzlichen regulatorischen Anforderungen belastet. Dies steht im Spannungsverhältnis zu den gesundheitspolitischen Zielen einer Entbürokratisierung sowie der langfristigen Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Änderung der Apothekenbetriebsordnung und weiterer Verordnungen

Datum des Referentenentwurfs: 17.12.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ApoBetrO 1987 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

51. **Bedarfsgerechte Umsetzung Art. 14 EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD)**

Beschreibung:

Forderung einer zügigen, aber bedarfsgerechten Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1275 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD), in nationales Recht, entsprechend den Inhalten des Masterplans Ladeinfrastruktur 2030 der Bundesregierung. Es bedarf bei Nichtwohngebäuden (z.B. auf Handelparkplätzen) einer alternativen Erfüllungsoption, die neben der reinen Anzahl der Ladepunkte auch eine qualitative, nach Ladeleistung berechnete Erfüllungsoption der Ausbaupflichtung vorsieht.

Betroffenes geltendes Recht:

GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

52. **Geeignete handels- und wettbewerbspolitische Rahmenbedingungen für energieinfrastrukturelevante Industrieprodukte**

Beschreibung:

Es wird darauf hingearbeitet, dass für die Energieinfrastruktur relevante Industrieprodukte angemessene handels- und wettbewerbspolitische Rahmenbedingungen bestehen, die faire Marktbedingungen und Planungssicherheit gewährleisten.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

53. **Änderung des Produktregelwerks innerhalb des Tabakerzeugnisgesetz und der Tabakerzeugnisverordnung**

Beschreibung:

Anpassung des Produktregelwerks innerhalb des Tabakerzeugnisgesetz (TabakerzG) und der Tabakerzeugnisverordnung (TabakerzV) mit Einführung einer Regulierung nach Schadenspotenzial (Tobacco Harm Reduction) sowie Regulierung tabakfreier Nikotinbeutel in Anlehnung an das Regelungsregime der E-Zigarette.

Betroffenes geltendes Recht:

TabakerzG [alle RV hierzu]; TabakerzV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Lebens- und

Genussmittelindustrie [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Werbung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603310011** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

54. **Tabaksteuer: geltende Regelung fortschreiben, Steuererhebung digitalisieren**

Beschreibung:

Das Tabaksteuermodernisierungsgesetz sieht seit 2022 Tabaksteueranpassungen in vier Schritten vor, die ein stabiles Steueraufkommen sichern und gleichzeitig Marktverwerfungen mit der Folge einer Steigerung des illegalen Handels vermeiden. Die steuerlichen Vorzüge dieser Regelung sollten sowohl bei einer möglichen Überarbeitung der EU-Tabaksteuerrichtlinie als auch nach seinem Auslaufen zum 15. Februar 2027 gesichert werden. Unterstützung der Einführung einer digital gestützten Steuererhebung zwischen den Wirtschaftsbeteiligten und der Zollverwaltung resp. eines digitalen Steuerzeichens zur Authentifizierung der Echtheit des versteuerten Produktes und der korrekten Entrichtung der Tabaksteuer.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2026 (JStG 2026) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 19.05.2026

Federführendes Ministerium: BMF [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

TabStG 2009 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Lebens- und Genussmittelindustrie [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

55. **Begleitung der Implementierung der europäischen REDIII-Gesetzgebung in deutsches Recht**

Beschreibung:

Ziel der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III, 2023/2413) ist die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien in den Sektoren Strom, Wärme und Transport bis zum Jahr 2030. Energetische Nutzung von Biomasse weiter ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#)

56. **Stärkung der Bedeutung von Biomasse für die Bioökonomie-Strategie**

Beschreibung:

Biomasse soll als zentrale Säule der Bioökonomie-Strategie anerkannt werden. Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass die Defossilisierung der Wirtschaft durch erneuerbare Kohlenstoffe wie Biomasse, CCU und Recycling vorangetrieben wird.

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

57. **Schutz der deutschen Zuckerproduktion**

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll die deutsche Zuckerproduktion vor Wettbewerbsverzerrungen schützen, unter anderem durch ein Ende von Sonderprämien für Zuckerimporte und eine strikte Regulierung von Importen aus Ländern mit niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards.

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#)

58. **Steuerliche Ungleichbehandlung von Wasserstoff beenden**

Beschreibung:

Beendigung der bestehenden steuerlichen Ungleichbehandlung des Einsatzes von Wasserstoff im Verbrennermotor über eine Änderung des §29 des EnergieStG

Betroffenes geltendes Recht:

[EnergieStG \[alle RV hierzu\]](#); [StromStG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#);
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

59. **Geeignete Grundlagen zur langfristigen Sicherung von Investitionen, Innovationen & Wettbewerbsfähigkeit des Pharmastandorts Deutschland schaffen**

Beschreibung:

Die geplanten Maßnahmen zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung greifen deutlich über eine angemessene und wirtschaftlich vertretbare Beteiligung der pharmazeutischen Industrie hinaus. Die Reform droht insbesondere einen Verlust an Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft für Arzneimittelhersteller sowie an Innovationen und Wertschöpfung in der Branche und eine Verlagerung von Standorten ins Ausland. Um stabile Rahmenbedingungen zu erhalten, sollten es keine weiteren Belastungen für investierende und forschende Unternehmen geben.

Referentenentwurf:

[Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung \(GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz\) \(Vorgang\) \[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026

Federführendes Ministerium: [BMG \[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

60. Revision des Europäischen Emissionshandelssystems**Beschreibung:**

Im Rahmen der anstehenden Reform des EU-Emissionshandelssystems (ETS) wird die Sicherstellung von Bestandsschutz, Rechtssicherheit und Investitionssicherheit für betroffene Unternehmen gefordert. Änderungen am bestehenden Rechtsrahmen sollten die Verlässlichkeit bereits getätigter Investitionen nicht beeinträchtigen und planbare Rahmenbedingungen gewährleisten. Ziel ist die Wahrung stabiler und vorhersehbarer regulatorischer Bedingungen im europäischen Industrie- und Klimaschutzkontext.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

61. Effiziente, unbürokratische bzw. einfachere Umschreibung von Führerscheinen**Beschreibung:**

Effiziente, unbürokratische und vereinfachte Umschreibung von Drittstaatenführerscheinen im Zusammenhang mit dem Führen von Elektrofahrzeugen bis 4,25t.

Betroffenes geltendes Recht:

FeV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Güterverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

62. Wissenschaftlich basierte Ernährungsstrategie**Beschreibung:**

Ernährungspolitik muss wissenschaftsbasiert sein. Jede Maßnahme, die im Kontext der Übergewichtsprävention ergriffen wird, muss so gestaltet sein, dass sie Verbrauchern eine ausgeglichene Kalorienbilanz erleichtert. Eine Zuckersteuer, Maßnahmen zur Werberegulierung oder Nährwertkennzeichnungs-Modelle, die sich auf einzelne Nährstoffe und nicht auf die Kaloriendichte fokussieren, sind nicht geeignet, die Übergewichtsprävalenz zu senken, und daher abzulehnen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10001 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Ernährungsstrategie der Bundesregierung - Gutes Essen für Deutschland

Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

63. **Sachgerechte Ausgestaltung des § 11 Abs. 3 BauNVO**

Beschreibung:

Forderung eines praxistauglichen Maßstabs zu § 11 Abs. 3 BauNVO, um die notwendige Modernisierung der Nahversorgung zu ermöglichen sowie Planungs- und Investitionssicherheit zu verbessern.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6588 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BauNVO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (33)

1. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt aufgenommen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten mit Schwerpunkt im Themenfeld Wirtschafts- und Abschlussprüfung von Unternehmen.

Interessenbereiche: Bank- und Finanzwesen, EU-Gesetzgebung, Kleine und mittlere Unternehmen, Kriminalitätsbekämpfung, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Sonstiges im Bereich "Recht", Verbraucherschutz

Konkrete Regelungsvorhaben: Berufsstandsrechte wahren, Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht

Auftraggeber/-innen (1):

1. Wirtschaftsprüferkammer Körperschaft des öffentlichen Rechts

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:

1 bis 50.000 Euro

Kontaktdaten:

Adresse:

Rauchstraße 26

10787 Berlin

Deutschland

Telefonnummer: +49307261610

E-Mail-Adressen:

kontakt@wpk.de

Webseiten:

www.wpk.de

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **WP/StB Andreas Dörschell**

Funktion: Präsident

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (2):

1. **Tim Bremmer**
2. **David Glanc**

Unterauftragnehmer/-innen (1):

1. **Volkmar Vogel**

2. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt aufgenommen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten im Schwerpunktbereich Versicherungswesen und Finanzen.

Interessenbereiche: Bank- und Finanzwesen, EU-Gesetzgebung, Gesundheitsversorgung, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Sonstiges im Bereich "Recht", Verbraucherschutz, Versicherungswesen

Konkrete Regelungsvorhaben: Mögliche Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden verhältnismäßig ausgestalten, Verwaltungsaufwand und Bürokratiekosten im deutschen Versicherungswesen senken, Gleiche Gestaltungsrechte PKV wie GKV, Hebung Effizienzpotenziale - Stärkung Digitalisierung im Gesundheitswesen, Künftige Finanzierbarkeit von GKV und SPV

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (8):

Betraute Personen (4):

1. **Marcella Manger**
2. **Tim Bremmer**

3. **David Glanc**

4. **Lena Wiehe**

Unterauftragnehmer/-innen (4):

1. **Dr. Hans Bernhard Beus**

2. **Leo Dautzenberg**

3. **Ludwig Stiegler**

4. **Joachim Becker**

3. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfeldern Umwelt und Wirtschaft aufgenommen.

Interessenbereiche: Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Tengelmann Warenhandelsgesellschaft KG**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (1):

Betraute Personen (1):

1. **Steffen Bartsch**

4. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Thematik REACH aufgenommen.

Interessenbereiche: EU-Gesetzgebung, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

Konkrete Regelungsvorhaben: Berücksichtigung der Migrationsanalyse in REACH, Annex XVII, Eintrag 50

Auftraggeber/-innen (1):

1. **KRAIBURG Relastec GmbH & Co.KG**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (1):

1. Denise König

Unterauftragnehmer/-innen (1):

1. Prof. Dr. Wolfgang Herrmann

5. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten im Bereich Verteidigung aufgenommen.

Interessenbereiche: Rüstungsangelegenheiten, Verteidigungspolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Änderung des Haushaltsgesetzes, Einführung eines nationalen Rüstungsexportkontrollgesetzes

Auftraggeber/-innen (1):

1. KNDS Deutschland GmbH & Co. KG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
150.001 bis 200.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (3):

1. Arne Leimenstoll
2. Steffen Bartsch
3. Prof. Dr. Klemens Joos

6. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten in den Schwerpunktbereichen Digitalisierung und Industriepolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Außenwirtschaft, Cybersicherheit, Digitalisierung, Industriepolitik, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Infineon Technologies AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Theresa Pachner**
2. **Christoph Grube**

7. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags werden Kontakte mit Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Bundestags, sowie Bundesregierung und Bundesministerien aufgenommen, um einen offenen und transparenten Dialog über die Schwerpunktthemenfelder Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Wissenschaft & Forschung zu führen. Etwaige Erläuterungen von Änderungsnotwendigkeiten sind ausdrücklich kein Bestandteil des Auftrags.

Interessenbereiche: Cybersicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, Internetpolitik, Klimaschutz, Kommunikations- und Informationstechnik, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Huawei Technologies Deutschland GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (4):

Betraute Personen (4):

1. **Tassilo von Wickedede**
2. **Tim Bremmer**
3. **David Glanc**
4. **Lena Wiehe**

8. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt aufgenommen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich des Schwerpunktthemenfelds Lebensmittelindustrie; weitere Themenfelder werden beobachtet und analysiert.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Artenschutz/Biodiversität, EU-Gesetzgebung, Lebensmittelsicherheit, Lebens- und Genussmittelindustrie, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Verbraucherschutz, Werbung

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Ferrero Deutschland GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
100.001 bis 150.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (4):

Betraute Personen (4):

1. **Marcella Manger**
2. **Tim Bremmer**
3. **David Glanc**
4. **Lena Wiehe**

9. **Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Schwerpunktthemenfelder Landwirtschaft und Ernährung, Umwelt, Energie und Wirtschaft aufgenommen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arbeitsmarkt, Güterverkehr, Handel und Dienstleistungen, Industriepolitik, Kriminalitätsbekämpfung, Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Lebens- und Genussmittelindustrie, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Sonstiges im Bereich "Energie", Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit", Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung", Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen", Sonstiges im Bereich "Recht", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Verkehr", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft", Verbraucherschutz, Werbung, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Stufenweise Einführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in der Wertschöpfungskette, Anstieg von Ladendiebstählen im Lebensmitteleinzelhandel, Innovative Technologie zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen, Technologieoffenheit im Schwerlastverkehr, Bürokratieabbau und Deregulierung zur Stärkung der unternehmerischen Freiheit, Entlastungen bei Strompreisen, Weitere Zulassung von antikoagulant Substanzen, Maßnahmen gegen Territoriale Lieferbeschränkungen, Diskriminierungsfreie Nutzung des

Auftraggeber/-innen (1):

1. EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
350.001 bis 400.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (19):

Betraute Personen (6):

1. **Anna Lelkes**
2. **Arne Leimenstoll**
3. **Felix Dane**
4. **Steffen Bartsch**
5. **Timo Reinders**
6. **Prof. Dr. Klemens Joos**

Unterauftragnehmer/-innen (13):

1. **Leo Dautzenberg**
2. **Clemens Neumann**
3. **Ludwig Stiegler**
4. **TKM Consulting GmbH**
5. **Volkmar Vogel**
6. **Bernd Westphal**
7. **Michael Odenwald**
8. **Hans-Jürgen Thies**
9. **Marco Wanderwitz**
10. **Andreas Hermes**
Rechtsanwaltskanzlei Andreas Hermes
11. **manfred grund consulting**
12. **Teorino OÜ**
13. **Dipl.Ing (Fh) Rainer Spiering**

10. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich jeglicher Themen im Bereich Telekommunikation aufgenommen.

Interessenbereiche: Kommunikations- und Informationstechnik, Massenmedien

Konkrete Regelungsvorhaben: Gesetz zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau

Auftraggeber/-innen (1):

1. Deutsche Telekom AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
250.001 bis 300.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (11):

Betraute Personen (6):

1. Hubertus Schönburg
2. Stefan Mappus
3. Tim Bremmer
4. David Glanc
5. Prof. Dr. Klemens Joos
6. Lena Wiehe

Unterauftragnehmer/-innen (5):

1. TKM Consulting GmbH
2. Günter Heiß
3. uwk consulting GmbH
4. Andreas Hermes
Rechtsanwaltskanzlei Andreas Hermes
5. Michael Odenwald

11. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenschwerpunkte Arbeit & Beschäftigung, Energie, Europapolitik, Digitalisierung, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft aufgenommen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht /Arbeitsbedingungen, Arzneimittel, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Cybersicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, E-Commerce, Energienetze, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Gesundheitsversorgung, Güterverkehr, Handel und Dienstleistungen, Klimaschutz, Kommunikations- und Informationstechnik, Ländlicher Raum, Massenmedien, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung, Öffentliches Recht, Schienenverkehr, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung", Sonstiges im Bereich "Energie", Sonstiges im Bereich "Verkehr", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft", Stadtentwicklung, Straßenverkehr, Verbraucherschutz, Verkehrsinfrastruktur, Verkehrspolitik, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Novellierung und Mitgestaltung in der Umsetzung des Postgesetzes, um Dienstleistungen an das digitale Zeitalter anzupassen, Regulierung der Resilienz und physischen Sicherheit Kritischer Infrastrukturen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland leistungsfähig zu halten, Stärkung der Anforderungen an die Cybersicherheit, um Resilienz zu erhöhen, Unterstützung des gesundheitspolitischen Ziels der Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln, Effiziente, unbürokratische bzw. einfachere Umschreibung von Führerscheinen

Auftraggeber/-innen (1):

1. Deutsche Post AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
300.001 bis 350.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (15):

Betraute Personen (5):

1. **Helen Meyer**
Tätigkeit bis 09/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
2. **Anna Lelkes**
3. **Stefan Mappus**
4. **Tim Bremmer**
5. **Prof. Dr. Klemens Joos**

Unterauftragnehmer/-innen (10):

1. Leo Dautzenberg
2. Ludwig Stiegler
3. TKM Consulting GmbH
4. Volkmar Vogel

5. Dr. Hans Bernhard Beus
6. Bernd Westphal
7. Joachim Becker
8. uwk consulting GmbH
9. Andreas Hermes
Rechtsanwaltskanzlei Andreas Hermes
10. Hans-Jürgen Thies

12. **Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfelder Industriepolitik, Verkehrspolitik sowie Allgemeine Energiepolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Güterverkehr, Industriepolitik, Klimaschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Verkehrspolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Förderung E-Busse und die dazugehörige Infrastruktur,
Beibehaltung des gegenwärtigen Designs der Regulierung (kein Carbon-Correction-Factor),
Nationale Umsetzung der europäischen erneuerbaren Energierichtlinien, Steuerliche
Ungleichbehandlung von Wasserstoff beenden

Auftraggeber/-innen (1):

1. Daimler Truck AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
150.001 bis 200.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (10):

Betraute Personen (5):

1. **Philipp Gebhardt**
2. **Stefan Mappus**
3. **Hannes Zehnle**
4. **Luis-Maximilian Hamm**
5. **Timo Reinders**

Unterauftragnehmer/-innen (5):

1. Volkmar Vogel

2. Michael Odenwald
3. Teorino OÜ
4. TKM Consulting GmbH
5. Till Mansmann

13. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt aufgenommen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfeldern Verwaltungsdigitalisierung, Geldwäschebekämpfung sowie Digitalisierung der notariellen Tätigkeitsbereiche.

Interessenbereiche: Bauwesen und Bauwirtschaft, Cybersicherheit, Digitalisierung, EU-Gesetzgebung, Kriminalitätsbekämpfung, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Sonstiges im Bereich "Recht", Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Konkrete Regelungsvorhaben: Effizienzsteigerung bei Unternehmensgründungen im Rahmen des BEG IV, Verbesserung der staatlichen Geldwäschebekämpfung, Einbeziehung öffentlicher Stellen im Onlinezugangsgesetz 2.0

Auftraggeber/-innen (1):

1. Bundesnotarkammer Körperschaft des öffentlichen Rechts

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:

100.001 bis 150.000 Euro

Kontaktdaten:

Adresse:

Mohrenstraße 34

10117 Berlin

Deutschland

Telefonnummer: +49303838660

E-Mail-Adressen:

bnotk@bnotk.de

Webseiten:

www.bnotk.de

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Prof. Dr. Jens Bormann LL.M. (Harvard)

Funktion: Präsident

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (7):

Betraute Personen (4):

1. **Alisa Riechmann**
2. **Tim Bremmer**
3. **Prof. Dr. Klemens Joos**
4. **Lena Wiehe**

Unterauftragnehmer/-innen (3):

1. Leo Dautzenberg
2. uwk consulting GmbH
3. Marco Wanderwitz

14. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien, dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Übermittlung von Änderungsnotwendigkeiten und hinsichtlich der Themenfelder Arbeit + Beschäftigung, Außenwirtschaft, Energie, Europapolitik, Gesundheit, Landwirtschaft + Ernährung, Öffentliche Finanzen, Umwelt, Wirtschaft, Forschung aufgenommen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht /Arbeitsbedingungen, Arzneimittel, Außenwirtschaft, EU-Gesetzgebung, Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung, Handel und Dienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Sonstiges im Bereich "Gesundheit", Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft", Tierschutz, Verkehrspolitik, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Konkrete Regelungsvorhaben: Modernisierung des Regulierungsrahmens auf EU-Ebene (NGT Verordnungsentwurf) und national, Schaffung eines rechtssicheren Rahmens für den Export aller hier in Deutschland hergestellter Pflanzenschutzmittel, Vereinfachung PSM-Zulassung und Behördenverschlinkung, Schaffung eines planungssicheren Rahmens im Umweltrecht, Entwicklung einer Frauengesundheitsstrategie

Auftraggeber/-innen (1):

1. Bayer AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
100.001 bis 150.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (8):

Betraute Personen (5):

1. **Theresa Pachner**
2. **Christoph Grube**

3. **Arne Leimenstoll**
4. **Timo Reinders**
5. **Prof. Dr. Klemens Joos**

Unterauftragnehmer/-innen (3):

1. **Clemens Neumann**
2. **Bernd Westphal**
3. **Prof. Dr. Wolfgang Herrmann**

15. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie hinsichtlich der ausreichenden Berücksichtigung der Stakeholder zum Hochlauf der Elektromobilität, der Tankstellen-Versorgungsaufgabe sowie bedarfsgerechter Beschilderung von Rastanlagen auf Autobahnen aufgenommen.

Interessenbereiche: Verkehrsinfrastruktur, Verkehrspolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Aufbau einer flächendeckenden Tank- und Ladeinfrastruktur umsetzen (u.a. Masterplan Ladeinfrastruktur), Bedarfsgerechte Beschilderung von Rastanlagen auf Autobahnen

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Autobahn Tank & Rast Gruppe GmbH & Co. KG**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
200.001 bis 250.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (9):

Betraute Personen (3):

1. **Helen Meyer**
Tätigkeit bis 09/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
2. **Tassilo von Wickedede**
3. **Stefan Mappus**

Unterauftragnehmer/-innen (6):

1. **Franz-Josef Lersch-Mense**
2. **Volkmar Vogel**
3. **Michael Odenwald**

4. uwk consulting GmbH
5. Marco Wanderwitz
6. Dr. Sven Halldorn

16. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfeldern Verkehrspolitik, Tourismus und Digitalpolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, EU-Binnenmarkt, EU-Gesetzgebung, Kommunikations- und Informationstechnik, Sonstiges im Bereich "Verkehr", Tourismus, Verkehrspolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Einführung eines Mobilitätsdatengesetzes, Nicht diskriminierende Umsetzung der EU-Verordnung zu multimodalen digitalen Mobilitätsdiensten (Multimodal Digital Mobility Services, MDMS)

Auftraggeber/-innen (1):

1. Amadeus IT Group, SA

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (5):

Betraute Personen (2):

1. Stefan Mappus
2. Luis-Maximilian Hamm

Unterauftragnehmer/-innen (3):

1. Volkmar Vogel
2. uwk consulting GmbH
3. TKM Consulting GmbH

17. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfeldern REACH Beschränkungsverfahren von Calciumcyanamid und zur Vorstellung der Innovation in Bereich Landwirtschaft/Klimaschutz aufgenommen.

Interessenbereiche: EU-Gesetzgebung, Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft, Sonstiges im Bereich "Umwelt"

Konkrete Regelungsvorhaben: Reduzierung von Methanemissionen aus der Landwirtschaft, Beschränkungsverfahren nach REACH-VO Calciumcyanamid, Verhinderung eines Totalverbots von Calciumcyanamid als Düngemittel

Auftraggeber/-innen (1):

1. Alzchem Trostberg GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (6):

Betraute Personen (3):

1. Theresa Pachner
2. Christoph Grube
3. Denise König

Unterauftragnehmer/-innen (3):

1. Dr. Reinhard Schulte-Braucks
2. Bernd Westphal
3. Clemens Neumann

18. **Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Thematik REACH aufgenommen.

Interessenbereiche: EU-Gesetzgebung, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

Konkrete Regelungsvorhaben: Berücksichtigung der Migrationsanalyse in REACH, Annex XVII, Eintrag 50

Auftraggeber/-innen (1):

1. REGUPOL Germany GmbH & Co KG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (1):

1. Denise König

Unterauftragnehmer/-innen (1):

1. Prof. Dr. Wolfgang Herrmann

19. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags werden Kontakte mit Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Bundestags, sowie Bundesregierung und Bundesministerium aufgenommen, um einen offenen und transparenten Dialog über eine Vielzahl von Themenfeldern zu führen. Etwaige Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten sind derzeit kein Bestandteil des Auftrags, die genannten Themenfelder werden jedoch beobachtet und analysiert.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Bank- und Finanzwesen, Digitalisierung, E-Commerce, EU-Gesetzgebung, Massenmedien

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. PPF Group a.s.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (6):

Betraute Personen (3):

1. **Stefan Mappus**
2. **Tim Bremmer**
3. **David Glanc**

Unterauftragnehmer/-innen (3):

1. Volkmar Vogel
2. manfred grund consulting
3. Teorino OÜ

20. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten in den Schwerpunktbereichen Recht, Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit aufgenommen.

Interessenbereiche: Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Bank- und Finanzwesen, Digitalisierung, EU-Binnenmarkt, Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Personenverkehr, Schienenverkehr, Sonstiges im Bereich "Gesundheit", Sonstiges im Bereich "Recht", Straßenverkehr, Verkehrspolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Begleitung der Überarbeitung der Verordnung (EU) 2017/745 (EU-Medizinprodukte-Verordnung MDR), Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht

Auftraggeber/-innen (1):

1. TÜV SÜD AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
100.001 bis 150.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (6):

Betraute Personen (2):

1. Theresa Pachner
2. Hubertus Schönborg

Unterauftragnehmer/-innen (4):

1. Leo Dautzenberg
2. Joachim Becker
3. uwk consulting GmbH
4. Franz-Josef Lersch-Mense

21. **Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfeldern Güterverkehr, Digitalisierung, Schienenverkehr, Verkehrsinfrastruktur, Verkehrspolitik, Wettbewerbsrecht und Industriepolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Digitalisierung, Güterverkehr, Industriepolitik, Schienenverkehr, Verkehrsinfrastruktur, Verkehrspolitik, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. VTG GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (7):

Betraute Personen (2):

1. Tassilo von Wickedede

2. **David Glanc**

Unterauftragnehmer/-innen (5):

1. Michael Odenwald
2. Volkmar Vogel
3. uwk consulting GmbH
4. Bernd Westphal
5. Dr. Sven Halldorn

22. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zu den Themen Gesundheit und Forschung aufgenommen.

Interessenbereiche: Arzneimittel, Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung, Sonstiges im Bereich "Gesundheit", Wissenschaft, Forschung und Technologie

Konkrete Regelungsvorhaben: Reform des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz begleiten

Auftraggeber/-innen (1):

1. Vertex Pharmaceuticals (Germany) GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (4):

Betraute Personen (2):

1. **Helen Meyer**
Tätigkeit bis 09/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

2. **Christoph Grube**

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Leo Dautzenberg
2. Joachim Becker

23. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich des Themenfelds CCS/CCUS aufgenommen.

Interessenbereiche: Fossile Energien, Industriepolitik, Klimaschutz

Konkrete Regelungsvorhaben: Änderung des Kohlendioxidspeichergesetzes zur Ermöglichung von CCS in Deutschland, Bürokratische Hürden und Wettbewerbsfähigkeit: Änderung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD)

Auftraggeber/-innen (1):

1. ExxonMobil Central Europe Holding

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
150.001 bis 200.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (5):

Betraute Personen (3):

1. **Helen Meyer**
Tätigkeit bis 09/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
2. **Anna Lelkes**
3. **Tassilo von Wickedede**

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Bernd Westphal
2. Dr. Sven Halldorn

24. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten im Bereich Industriepolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Industriepolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. DEUTZ AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (3):

1. **Anna Lelkes**

2. **Stefan Mappus**

3. **Steffen Bartsch**

25. **Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten im Bereich Energiepolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Uniper SE

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (6):

Betraute Personen (4):

1. **Helen Meyer**

Tätigkeit bis 09/21:

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

2. **Stefan Mappus**

3. **Luis-Maximilian Hamm**

4. **Daniel Kewitz**

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Andreas Hermes

Rechtsanwaltskanzlei Andreas Hermes

2. Bernd Westphal

26. **Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt aufgenommen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Schwerpunkthemenfelder Personenverkehr, Straßenverkehr, Verkehrsinfrastruktur sowie Verkehrspolitik; weitere Themenfelder werden beobachtet und analysiert.

Interessenbereiche: Personenverkehr, Sonstiges im Bereich "Verkehr", Straßenverkehr, Verkehrsinfrastruktur

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Skoda Transportation a.s.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (5):

Betraute Personen (3):

1. Hubertus Schönborg
2. Stefan Mappus
3. Luis-Maximilian Hamm

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Volkmar Vogel
2. Michael Odenwald

27. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten im Bereich Chemikalienpolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Industriepolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Covestro Deutschland AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
150.001 bis 200.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (5):

Betraute Personen (5):

1. Alisa Riechmann
2. Arne Leimenstoll
3. Lorenz Kammer

4. **Timo Reinders**

5. **Daniel Kewitz**

28. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten In den Schwerpunktbereichen Strom und allgemeine Energiepolitik.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Änderung des MessbG

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Techem**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (8):

Betraute Personen (4):

1. **Hubertus Schönburg**
2. **Tim Bremmer**
3. **David Glanc**
4. **Prof. Dr. Klemens Joos**

Unterauftragnehmer/-innen (4):

1. **Bernd Westphal**
2. **Teorino OÜ**
3. **Volkmar Vogel**
4. **Andreas Hermes**
Rechtsanwaltskanzlei Andreas Hermes

29. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt aufgenommen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Schwerpunkthemenfelder Energie, EU-Gesetzgebung und Wissenschaft, Forschung und Technologie; weitere Themenfelder werden beobachtet und analysiert.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Energienetze, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Sonstiges im Bereich "Energie", Sonstiges im Bereich "Verkehr", Wissenschaft, Forschung und Technologie

Konkrete Regelungsvorhaben: Geeignete Rahmenbedingungen für Netzinfrastuktur in Deutschland, Geeignete industriepolitische Rahmenbedingungen für Schaltanlagen, Geeignete Rahmenbedingungen für industrielle Vorprodukte in der Energieinfrastruktur, Geeignete handels- und wettbewerbspolitische Rahmenbedingungen für energieinfrastrukturelevante Industrieprodukte

Auftraggeber/-innen (1):

1. Hitachi Energy AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (17):

Betraute Personen (10):

1. Leonie Lindner
2. Christoph Grube
3. Arne Leimenstoll
4. Lorenz Kammer
5. Felix Dane
6. Steffen Bartsch
7. Timo Reinders
8. Lukas Seelig
9. Prof. Dr. Klemens Joos
10. Tanja Krawietz

Unterauftragnehmer/-innen (7):

1. Bernd Westphal
2. Dr. Sven Halldorn
3. Clemens Neumann
4. uwk consulting GmbH
5. Volkmar Vogel
6. Marco Wanderwitz
7. Andreas Hermes
Rechtsanwaltskanzlei Andreas Hermes

30. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich jeglicher Themen im Bereich Tabak und alternativer Produkte aufgenommen.

Interessenbereiche: EU-Binnenmarkt, EU-Gesetzgebung, Gesundheitsförderung, Handel und Dienstleistungen, Industriepolitik, Lebens- und Genussmittelindustrie, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Sonstiges im Bereich "Gesundheit", Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Verbraucherschutz, Werbung

Konkrete Regelungsvorhaben: Änderung des Produktregelwerks innerhalb des Tabakerzeugnisgesetzes und der Tabakerzeugnisverordnung, Tabaksteuer: geltende Regelung fortschreiben, Steuererhebung digitalisieren

Auftraggeber/-innen (1):

1. British American Tobacco (Industrie) GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (11):

Betraute Personen (3):

1. **Marcella Manger**
2. **Tim Bremmer**
3. **David Glanc**

Unterauftragnehmer/-innen (8):

1. **Dr. Hans Bernhard Beus**
2. **Leo Dautzenberg**
3. **Duckdalben Consulting GmbH**
4. **Prof. Dr. Wolfgang Herrmann**
5. **Clemens Neumann**
6. **Ludwig Stiegler**
7. **Volkmar Vogel**
8. **Gerald Weber**

31. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur

Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten In den Schwerpunktbereichen Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung und Energie aufgenommen.

Interessenbereiche: Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Handel und Dienstleistungen, Immissionsschutz, Industriepolitik, Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft, Lebens- und Genussmittelindustrie, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Verkehrspolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Begleitung der Implementierung der europäischen REDIII-Gesetzgebung in deutsches Recht, Stärkung der Bedeutung von Biomasse für die Bioökonomie-Strategie, Schutz der deutschen Zuckerproduktion, Wissenschaftlich basierte Ernährungsstrategie

Auftraggeber/-innen (1):

1. Südzucker AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (4):

Betraute Personen (2):

1. Denise König
2. Daniel Kewitz

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Dr. Sven Halldorn
2. Michael Odenwald

32. **Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfelder Arzneimittel, Gesundheitsversorgung und Industriepolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Arzneimittel, Gesundheitsversorgung, Industriepolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Geeignete Grundlagen zur langfristigen Sicherung von Investitionen, Innovationen & Wettbewerbsfähigkeit des Pharmastandorts Deutschland schaffen

Auftraggeber/-innen (1):

1. Roche Pharma AG

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
0 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (8):

Betraute Personen (6):

1. **Helen Meyer**
Tätigkeit bis 09/21:
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
2. **Anna Lelkes**
3. **Philipp Gebhardt**
4. **Stefan Mappus**
5. **Tim Bremmer**
6. **Prof. Dr. Klemens Joos**

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Joachim Becker
2. Bernd Westphal

33. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags wird Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Themenfelder Europapolitik und Energiepolitik aufgenommen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Immissionsschutz, Klimaschutz

Konkrete Regelungsvorhaben: Revision des Europäischen Emissionshandelssystems

Auftraggeber/-innen (1):

1. SHS - Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
0 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (4):

Betraute Personen (2):

1. **Denise König**
2. **Daniel Kewitz**

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Andreas Hermes
Rechtsanwaltskanzlei Andreas Hermes
2. Bernd Westphal

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Jahresabschluss_EUTOP-Europe-GmbH_Geschaeftsjahr-2025.pdf